

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Sozialreformen in Frankreich

Im Oktober 1906 erfolgte durch die Regierung *Clémenceau* die Gründung des Arbeitsministeriums, dessen erster Titular, der spätere Ministerpräsident *Rene Viviani*, anlässlich der Einweihung seines Amtes erklärte, das neue Ministerium sei vor allem dazu ausersehen, die sozialen Zustände zu untersuchen, Sozialreformen vorzubereiten, die Forderungen der Arbeitnehmer entgegenzunehmen und sie dem Parlament zu unterbreiten. In den 50 Jahren, die der Gründung des Ministeriums folgten, wurde ein weiter, oftmals sehr schwieriger Weg zurückgelegt. Als man im Oktober des Vorjahres das fünfzigjährige Jubiläum feierte, konnte man mit Stolz auf die großen Errungenschaften verweisen, die im Rahmen dieser Chronik kurz angedeutet werden sollen: 1910 Schaffung eines Pensionsregimes für Arbeiter und Bauern; 1928 bis 1930 Schaffung der obligatorischen Sozialversicherung; 1932 Generalisierung der Familienunterstützung; 1936 Große Sozialreform unter der Volksfrontregierung Leon Blum, auf die wir noch zurückkommen werden; 1945 Organisierung des jetzt in Kraft befindlichen Regimes der sozialen Sicherheit; 1952 Einführung der gleitenden Lohnskala; 1956 Ausweitung der Sozialreform durch erweiterte Urlaubsrechte, Verbesserung der Altersversorgung, der Arbeitsbedingungen in der Provinz.

Eine neue Etappe des Sozialrechts befindet sich in Vorbereitung. So sollen im Jahr 1957 ein Fünfjahressozialplan aufgestellt, das Krankenkassenregime verbessert, die Heimarbeiterrechte neu geordnet werden. Es ist selbstverständlich, daß all diese Etappen des sozialen Aufstieges, verbunden mit der Einschränkung der Privilegien der besitzenden Kreise, nur im steten Kampf verwirklicht wurden, und von der Arbeiterklasse große Opfer gebracht werden mußten, bevor die genannten Ziele erreicht wurden.

*

Zwanzig Jahre sind seit jenem denkwürdigen und in der Geschichte der modernen Sozialentwicklung unauslöschbaren Juni 1936 vergangen, in dem Frankreichs Arbeitnehmerschaft unter der Führung des großen Sozialisten und Staatsmannes *Leon Blum* die erste umfassende Sozialreform verwirklichte, die einen *grundlegenden Wandel in den Beziehungen zwischen den französischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern* einleitete und den Grundstein zu einer Gesellschaftsreform legte, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Die Volksfrontregierung des Jahres 1936/37 — völlig verschieden von allem, was heute von kommunistischer Seite den Arbeitern als Volksfront vorgegaukelt und empfohlen wird, weil damals andere politische Gegebenheiten bestanden — war die Reaktion auf eine lange Reihe von Jahren wirtschaftlicher Stagnation, verbunden mit einer ständigen Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung und Bauern und einer sich deutlich abzeichnenden Faschisierung des Bürgertums, beeinflußt vom italienischen Faschis-

mus und dem sich immer wilder gebärdenden deutschen Nationalsozialismus. Der Sieg der Linken bei den Maiwahlen des Jahres 1936 war die Antwort der um die demokratische Zukunft des Landes und um die eigene Existenz kämpfenden französischen Arbeiterschaft und französischer Kleinbürgerkreise, für die die Treue zur Republik mehr als ein Lippenbekenntnis und Freiheit mehr als ein Schlagwort waren. Was brachte diese erste umfassende Sozialreform des Jahres 1936? Die Vierzigstundenwoche, eine beträchtliche Steigerung der Löhne unter Festlegung von Mindestlöhnen, verbindliche Kollektivverträge durch freie Vereinbarung zwischen den Sozialpartnern mit garantiertem und bezahltem Jahresurlaub von vierzehn Tagen für alle Arbeitnehmer, feste Verankerung der Gewerkschaften in Staat und Wirtschaft durch Anerkennung ihrer sozialen Funktionen — und auf wirtschaftlichem Gebiet: Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Großbanken und Versicherungsgesellschaften, der Luftfahrtindustrie und eine Reform des Statuts der Banque de France, dieser Zitadelle des französischen Bürgertums, die bis dahin allen Regierungen der republikanischen Linken größte Schwierigkeiten bei der Durchführung wirtschafts- und sozialpolitischer Absichten bereitet hatte und sie entweder zur Aufgabe dieser Pläne oder zum Rücktritt zwang. Alle die Reformen wurden in einer etwa zweimonatigen äußerst aktiven Regierungstätigkeit in vollem Einvernehmen mit dem neuen Parlament verwirklicht. Sie waren ein Beweis für die politische Reife der französischen Arbeiterschaft, die ihren Wahlsieg durch Festigkeit, Entschlossenheit und Mäßigung in der Zielsetzung auszuwerten verstand sowie wirtschaftliche und politische Wirren verhinderte, die ein überraschendes und revanchelüsternes Bürgertum erhofft hatte.

*

Wenn wir an die Ereignisse erinnern, die sich im Jahre 1936 nach einer längeren Deflationsperiode abspielten, so deshalb, weil sich Frankreich heute wiederum in einer Lage befindet, in der eine Sozialreform vor sich geht, deren Folgen ebenfalls von weittragender Bedeutung sein werden. Die politische und wirtschaftliche Situation hat freilich einen völlig anderen Charakter. Die Arbeiterschaft ist politisch und gewerkschaftlich gespaltener denn je in ihrer langen Geschichte. Im Gegensatz zu 1936 liegt der neuen Sozialreform kein überwältigender Wahlsieg der Linken zugrunde. Heute steht ein von den Sozialisten geleitetes Minderheitskabinett an der Spitze des Landes. Wenn es trotzdem gelang, gewisse Sozialreformen zu verwirklichen, so deshalb, weil die konservative Rechte aus allgemein-politischen und internationalen Gründen außerstande war, sich den neuen Reformen zu widersetzen.

Voraussetzung zur neuen sozialpolitischen Aktion bot der wirtschaftliche Wiederaufstieg des Landes in den letzten Jahren, der allerdings durch die tragischen Ereignisse in Indochina, Algerien und Suez in überaus starker Weise gehemmt wurde und keineswegs den Umfang erreichte, den man von einer normalen Entwicklung erhoffen konnte. Tatsache bleibt trotzdem, daß der wirtschaftliche Wiederaufstieg Möglichkeiten zu den Reformen schuf und den Gewerkschaften Anlaß gab, mit außerordentlicher Energie für ihre Verwirklichung einzutreten, damit auch den arbeitenden Massen ein gebührender Anteil an den erzielten Erfolgen gesichert wurde.

Die erste Etappe der neuen Sozialreform konnte vollendet werden. Allen Arbeitnehmern wird nun in Frankreich ein bezahlter Mindesturlaub von drei Wochen gewährt. Die Lohnzonen wurden verringert und damit die Löhne der am stärksten benachteiligten Provinzarbeiter den begünstigteren Großstadtarbeitern so angepaßt, daß die Differenz im Höchsthalle nicht mehr 12 1/2 vH, sondern 8 1/2 vH beträgt. Durch ein weiteres Gesetz wurde die Altersunterstützung verbessert und schließlich nach langen parlamentarischen Auseinandersetzungen und heftigem Widerstand der konservativen Kreise der Nationale Solidaritätsfonds für die Alten geschaffen, der dazu bestimmt ist, den Lebensabend der mittellosen Kreise etwas günstiger zu gestalten. Maßnahmen zugunsten der Heimarbeiter und einige Reformen weniger bedeutender Natur vollendeten die im Vorjahr durchgeführte sozialpolitische Gesetzgebungsarbeit. Wesentlich mehr war beabsichtigt. Deshalb steht auch das Jahr 1957 noch im Zeichen der sozialpolitischen Auseinandersetzungen, die im wesentlichen um die Neuordnung der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung, gehen und äußerst hartnäckig geführt werden. Sozialminister *Albert Gazier* will jetzt unter allen Umständen zu einer Reform der Krankenversicherung kommen und die Versprechungen wahr machen, die bei Schaffung der „Sozialen Sicherheit“ hinsichtlich der Rückerstattung der Arzt- und Arzneikosten an die Versicherten gegeben wurden.

*

Die Lohnentwicklung im Jahre 1956 war für die französischen Arbeitnehmer unbefriedigend. Die gespannten finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse bieten angesichts der großen materiellen Kosten des Algerienkonflikts und der Suezaffäre auch in den nächsten Wochen und Monaten nur wenig Aussicht für eine großzügigere Regelung. Die erwähnten Ereignisse haben eine heftige Teuerungswelle ausgelöst, die durch die Marktregulierungsmaßnahmen der Regierung zwar zeitweise gehemmt, aber nicht überwunden werden konnte. Durch die Marktregulierungsmaßnahmen wurde das freie Spiel

der gleitenden Lohnskala verfälscht, die wirksam werden muß, sobald der Teuerungsindex den Satz von 149,1 erreicht. Die Arbeitnehmer sind über die Regierungsmaßnahmen, die von der Notwendigkeit diktiert sind, die Währungsstabilität und die französischen Ausfuhrmöglichkeiten zu erhalten, stark empört; denn mehr als offizielle Statistiken zeigen ihnen die zu zahlenden Lebensmittelpreise die wirkliche Preisentwicklung. Trotzdem wissen sie, daß im Augenblick die Durchführung großer, umfassender Streiks ziemlich riskant ist. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sind allzu groß. Mit der Verschlechterung des französischen Außenhandels sinkt der Devisenbestand von Monat zu Monat in erschreckendem Maße. Ohne Devisensicherung gibt es aber keine Rohstoffe, die für die — trotz allem noch — in der Expansion befindliche französische Wirtschaft unerlässlich sind.

Gerade jetzt will die Regierung den Kampf um die Sicherung und die Gewinnung der Auslandsmärkte aufnehmen. Sie führte zu diesem Zweck eine Reihe von Restriktionsmaßnahmen ein, die natürlich im In- und Ausland ein gewisses Mißfallen ausgelöst haben. Im Ausland, weil man die Importe stark einschränken will und dabei zweifellos ausländische Interessen beeinträchtigt. Im Inland, weil eine ver-

stärkte Disziplin gefordert wird und nicht alle Welt vom Wert der geforderten Opfer überzeugt ist.

Der Exekutivausschuß der freien Gewerkschaftsorganisation Force Ouvrière, der am 1. März eine umfassende Prüfung der Wirtschafts- und Finanzlage vornahm, protestierte gegen die Blockierung des Index von 149,1 durch Manipulationen mit den sogenannten Referenzartikeln, die für die Errechnung der Lebenshaltungskosten — reichlich willkürlich — gewählt wurden. Er verlangte eine vollständige Revision der staatlichen Wirtschaftspolitik, unterstrich aber die Notwendigkeit des Kampfes gegen inflationistische Tendenzen und schlug zur Begünstigung der Wirtschaftskonjunktur und Schaffung eines neuen Sozialklimas Streichungen unproduktiver staatlicher Ausgaben, Kampf gegen die Spekulation, Revision des Subventionsregimes und eine Steuerreform, verbunden mit einer besseren Orientierung der Kredit- und Kapitalpolitik und — bemerkenswerterweise — auch eine schärfere Kontrolle der Importe vor. Force Ouvrière wandte sich aber energisch gegen die von der Regierung an die Arbeitnehmerschaft gerichtete Aufforderung zu Opfern, die nach Auffassung der Gewerkschaftsorganisation lediglich anderen sozialen Schichten zugute kommen würden.

Arthur Riess (Paris)